

Geld – eine Einführung

von Eberhard Gamm, eberhard.gamm@gmx.de

Vorrede.....	2
Das Bargeld.....	2
Die Banken.....	3
Das Giralgeld.....	3
Kredit und Darlehen	4
Die Kreditvergabe.....	5
Der bargeldlose Zahlungsverkehr	5
Der Kopfstand des Geldsystems.....	5
Die Kreditnehmer	6
Die Zinsen	7
Geldmenge und Wachstum.....	8
Der Zinssatz für Kredite	9
Der Kredithebel	10
Boom und Bust	11
Kreditausfall und Sicherheiten	11
Reserven.....	13
Die Banken-Herde	14
Bankenrettung.....	15
Eine Zwischenbilanz	16
Die nicht beachteten Mahner	17
Die Giralgeldschöpfung in der Literatur.....	18
Vollgeld – das bargeldlose Bargeld	20
Vollgeld versus Falschgeld.....	21
Die Monetative.....	21
Die Gegner.....	22
Geld \neq Schuld.....	22
Die Geldmenge	23
Ziellinie	23

Vorrede

Wer sich heute über Geld und die Funktionsweise unseres Geldsystems informieren möchte, steht vor einem Rätsel. Zum einen gibt es zahlreiche Fachbegriffe – z.B. Giralgeld, Zentralbankgeld und Reserven –, deren Bedeutungen und Zusammenhänge nur selten verständlich erklärt werden; selbst in Fachbüchern über Geldtheorie und Volkswirtschaftslehre findet man nur unzureichende, in einigen Fällen sogar völlig falsche Darstellungen. Zum anderen streiten die Experten endlos über Geld und kommen offenbar zu keinem Ergebnis. Als der frühere Chef der US-Notenbank FED, Ben Bernanke, vor dem Untersuchungsausschuss zur Finanzkrise 2008–2009 befragt wurde, erklärte er, er wisse eigentlich auch nicht so genau, was Geld sei. So kompliziert ist es aber nicht. Ben Bernanke weiß natürlich genau, was Geld ist und wie es funktioniert. Er dachte aber, er könne den Untersuchungsausschuss auf die gleiche Weise an der Nase herumführen, wie die Banken es seit mehreren hundert Jahren mit Bürgern, Unternehmen und Politikern tun. Deshalb bezeichnet man die Banken als *Banken* – das sind diejenigen, die Bescheid wissen – und die Bürger, die Unternehmen und den Staat als *Nicht-Banken* – das sind diejenigen, die *nicht* Bescheid wissen. Aber Spaß beiseite: Diese Aufteilung ist in der Tat wichtig, und sie wird uns im Folgenden noch beschäftigen. Wir greifen aber hier schon einmal vor und betonen, dass die Zentralbank zu den Banken gehört und nicht zum Staat, und zwar auch dann, wenn sie sich staatliche Zentralbank nennt. Wir werden auch dieses Rätsel auflösen.

Wie kommen wir der Sache näher? Eine besonders vielversprechende Methode zum Verständnis eines Systems besteht darin zu beschreiben, wie das System entstanden ist. Historiker behaupten: Wer die Geschichte nicht kennt, kann die Gegenwart nicht verstehen und die Zukunft nicht gestalten. Wir wollen unsere Geschichte aber nicht bei Adam und Eva beginnen, sondern wählen einen neuzeitlichen Einstieg, bei dem aber nichts Wesentliches verloren geht: Wir setzen bei der Währungsreform in Deutschland im Jahre 1948 an und entwickeln daraus Schritt für Schritt das heutige Geldsystem.

Das Bargeld

Grundlage der heutigen Geldsysteme ist das Bargeld. Seine Verwendung ist gesetzlich geregelt. Deshalb wird es auch als *gesetzliches Zahlungsmittel* bezeichnet. Was bedeutet das? Es bedeutet, dass eine Geldschuld nach den Buchstaben des Gesetzes nur mit gesetzlichem Zahlungsmittel – also mit Bargeld – beglichen werden kann. Es deutet aber auch darauf hin, dass es auch *nicht-gesetzliche Zahlungsmittel* gibt. Zahlungen mit nicht-gesetzlichen Zahlungsmitteln sind demnach streng genommen nicht rechtsverbindlich, sondern nur geduldet. Daran erkennen wir bereits, dass in dem System vermutlich etwas faul ist.

Zurück ins Jahr 1948, dem Jahr der Währungsreform. Jeder Bürger erhält ein Start-Geld – in diesem Fall 20 D-Mark in bar. Die Unternehmen und der Staat erhalten ebenfalls eine Grundausstattung an Bargeld. Die Geburt einer neuen Währung. Im Prinzip könnten nun alle Zahlungen mit Bargeld erfolgen. Die Unternehmen zahlen die Löhne in bar an ihre Beschäftigten aus. Das war früher tatsächlich so: Die Beschäftigten erhielten ihren Lohn in bar in

einer Lohntüte. Die Erinnerung daran ist bis heute geblieben: Die Gewerkschaften reden heute noch davon, dass sie dafür kämpfen, dass ihre Mitglieder mehr in der Lohntüte haben. Die Beschäftigten kaufen mit dem Bargeld Waren in den Läden des Einzelhandels. Der Einzelhandel kauft mit dem Bargeld Waren beim Großhandel. Der wiederum kauft die Waren mit dem Bargeld bei den Unternehmen. Der Bargeld-Kreislauf ist geschlossen. Das System funktioniert also im Prinzip auch ohne Banken.

Die Banken

Banken braucht man aus zwei Gründen. Zum einen gibt es Leute, die Geld haben, es aber nicht brauchen, und Leute, die Geld brauchen, es aber nicht haben. Irgendjemand muss den Vermittler spielen, damit das Geld optimal genutzt werden kann. Zum anderen ist das Bezahlen mit Bargeld lästig. Welcher Mieter will schon jeden Monat Bargeld zu seinem Vermieter tragen. Da bieten die Banken eine viel bequemere Lösung an: das Giro-Konto. Unser Chef überweist unseren Lohn auf unser Giro-Konto, und wir überweisen die Miete an unseren Vermieter. Super praktisch. Aber wie so oft: Der Teufel steckt im Detail.

Zunächst nehmen wir an, dass wir unseren Lohn nach wie vor in bar erhalten. Wir gehen dann zu unserer Bank und zahlen den Lohn auf unser Giro-Konto ein. Anschließend können wir die Miete an unseren Vermieter überweisen. Da das Geld auf den Giro-Konten in diesem Fall ausschließlich durch die Einzahlung von Bargeld entsteht, befindet sich auf den Giro-Konten der Banken insgesamt genau so viel Geld, wie bei den Banken insgesamt in bar eingezahlt wurde. Es sollte deshalb auch möglich sein, das Ganze wieder rückgängig zu machen, d.h. das gesamte Geld von den Giro-Konten abzuheben. Wir haben aber alle schon gehört, dass das nicht geht. Wenn zu viele Leute das Geld von ihren Giro-Konten abheben wollen, geht den Banken das Bargeld aus. Einige von uns bekommen noch Bargeld, die Letzten beißen die Hunde. Bankrun! Die Banken sind pleite. Das Geld ist weg. Wie das?

Das ist nur möglich, weil auf den Giro-Konten der Banken *mehr* Geld vorhanden ist, als in bar auf die Konten eingezahlt wurde. Es muss also neben der Einzahlung von Bargeld noch eine zweite Möglichkeit geben, durch die Geld auf Giro-Konten entsteht. Und es muss so sein, dass für das auf diese Weise entstandene Giro-Konten-Geld kein Bargeld vorhanden ist.

Das Giralgeld

Das Geld auf den Giro-Konten wird als *Giralgeld* bezeichnet. Es entsteht entweder durch die Einzahlung von Bargeld oder – und darin liegt eines der Rätsel – durch Kreditvergabe. Die Banken behaupten zwar, dass sie bei der Kreditvergabe nur das Geld verleihen, das bei ihnen eingezahlt worden wäre, das kann aber nicht stimmen, da sonst auch für die Kredite eine entsprechende Menge an Bargeld vorhanden sein müsste. Ein Bankrun wäre unmöglich.

Bevor wir dieses Rätsel lösen, müssen wir uns noch einmal mit den Buchstaben des Gesetzes beschäftigen und klären, was Giralgeld im juristischen Sinne ist. Juristerei ist meistens etwas unbequem und hat oft den Charakter von Haarspalterei. In unserem Fall handelt es sich aber um das berühmte Haar in der Suppe: Giralgeld ist *kein* gesetzliches Zahlungsmittel, sondern

nur ein *Anspruch* auf gesetzliches Zahlungsmittel. Auf gut deutsch: Das Giralgeld ist ein Versprechen der Bank, auf Verlangen gesetzliches Zahlungsmittel – also Bargeld – in gleicher Höhe ausbezahlen. Giralgeld ist nach den Buchstaben des Gesetzes also kein Geld, sondern ein Zahlungsverprechen. Und Versprechen haben nun einmal die unangenehme Eigenschaft, dass sie nicht immer eingehalten werden. Genau das ist bei einem Bankrun der Fall: Die Banken können ihr Versprechen, das Giralgeld bar auszuzahlen, nicht halten. Damit sind wir wieder bei der Frage, warum auf den Giro-Konten mehr Giralgeld vorhanden ist, als es Bargeld gibt.

Kredit und Darlehen

Fragt man nach dem Unterschied zwischen einem Kredit und einem Darlehen, erhält man meistens die Antwort, das wäre dasselbe. Ist es aber nicht. Bei einem *Darlehen* verleiht der Darlehensgeber Geld, das er *hat*. Bei einem *Kredit* verleiht der Kreditgeber Geld, das er *nicht hat*. Sie haben richtig gelesen: Ein Kreditgeber verleiht Geld, das er nicht hat. Das müssen wir uns genau ansehen, weil es der Kern unseres Rätsels ist.

Bei beiden Geldgebern – dem Darlehensgeber und dem Kreditgeber – handelt es sich um Banken oder Bank-ähnliche Institute, z.B. Bausparkassen oder Versicherungsgesellschaften. Nun ist aber nicht jede Bank eine Bank, oder genauer gesagt: Nicht alle Banken gehören zur *Gruppe der Banken*; einige gehören zur *Gruppe der Nicht-Banken*. Bei einer derartigen Begriffsverwirrung ist es dann auch kein Wunder, wenn man nicht mehr durchblickt. Man befindet sich damit übrigens in guter Gesellschaft: Die meisten Bankangestellten und zahlreiche Fachleute – darunter auch Professoren – blicken nämlich auch nicht durch.

Die Lösung des Rätsels: Einige Banken haben per Gesetz die Erlaubnis, *Kredite* zu vergeben, d.h. Geld zu verleihen, das sie nicht haben. Diese Banken werden als *Geschäftsbanken* bezeichnet und bilden die Gruppe der Banken. Alle anderen Banken oder Bank-ähnlichen Institute dürfen nur *Darlehen* vergeben, d.h. sie dürfen nur Geld verleihen, das sie haben. Sie gehören damit zur Gruppe der Nicht-Banken. Diese *Nicht-Banken*-Banken bezeichnete man früher als *Spar- und Darlehenskassen*. Der Name war Programm: Sparer bringen Geld, das anschließend als Darlehen vergeben wird. Geld einsammeln und als Darlehen vergeben dürfen übrigens alle Nicht-Banken, also auch die Bürger, die Unternehmen und der Staat.

Neben den Geschäftsbanken gibt es noch eine weitere Bank, die Kredite vergeben darf: die Zentralbank. Sie darf sogar noch mehr: Sie darf Bargeld herausgeben. Damit wir aus diesem Begriffswirrwarr herauskommen, legen wir uns fest: Die Gruppe der Banken, die sich aus den Geschäftsbanken und der Zentralbank zusammensetzt, bezeichnen wir im Folgenden als *die Banken*. Sie zeichnen sich dadurch aus, dass sie Kredite vergeben dürfen. Die Nicht-Banken dürfen das nicht.

Bitte lesen Sie diesen Abschnitt mindestens dreimal. Wenn Sie das nicht verstanden haben, können Sie alles weitere auch nicht verstehen.

Die Kreditvergabe

Bei der Kreditvergabe wird also Geld verliehen, das noch nicht vorhanden ist. Oder anders gesagt: Die Geldmenge wird erhöht. Diesen Vorgang nennt man *Geldschöpfung*. Geld entsteht also nicht nur dadurch, dass die Zentralbank zusätzliches Bargeld herausgibt, sondern *auch* durch Kreditvergabe. Praktisch erfolgt die Kreditvergabe dadurch, dass der Kontostand auf dem Giro-Konto des Kreditnehmers einfach erhöht wird, ohne dass jemand Bargeld ein-zahlt. Damit ist auch klar, warum auf den Giro-Konten viel mehr Geld vorhanden ist, als es Bargeld gibt.

Da es sich bei dem erzeugten Geld um Giralgeld handelt, wird die Kreditvergabe auch als *Giralgeldschöpfung* bezeichnet. Wie wir bereits wissen, handelt es sich dabei eigentlich gar nicht um Geld, sondern nur um einen *Anspruch* auf Geld. Der Kreditnehmer bekommt also kein Geld, sondern nur ein Zahlungsverprechen der Bank.

Wir müssen auch hier wieder einen kurzen Ausflug in die Juristerei machen. Die Banken dürfen den Kontostand auf dem Giro-Konto des Kreditnehmers erhöhen, sobald der Kreditnehmer den Kreditvertrag unterschrieben hat, d.h. es ist letztendlich der Kreditnehmer, der mit seiner Unterschrift die Erhöhung der Geldmenge ermöglicht. Wir halten das hier schon einmal fest, weil es im Zusammenhang mit Wirtschaftskrisen fatale Folgen hat, wie wir später noch sehen werden.

Für Interessierte noch etwas Fachchinesisch: Ein Kreditvertrag ist nach den Buchstaben des Gesetzes ein Schuldschein. Im Zuge der Kreditvergabe *monetisiert* die Bank diesen Schuldschein, d.h. sie verwandelt die Schuld in Geld. Oder anders gesagt: Der Kreditnehmer bekommt seine Schuld als Geld ausbezahlt. Deshalb bezeichnet man dieses Geld auch als *Kreditgeld* oder *Schuldgeld*. Schuld = Geld. Das ist die moderne Alchemie der Banken.

Der bargeldlose Zahlungsverkehr

Dieses System der Geldschöpfung per Kredit funktioniert nur, weil der Zahlungsverkehr heute überwiegend bargeldlos erfolgt – per Überweisung, Lastschrift oder EC-Karte – und wir deshalb nur noch geringe Mengen an Bargeld von unseren Giro-Konten abheben. Deshalb merkt im Normalfall auch niemand, dass wir beim bargeldlosen Zahlungsverkehr gar nicht mit Geld bezahlen, sondern mit Zahlungsverprechen der Banken. Sollten wir aber auf die Idee kommen, die Banken beim Wort zu nehmen und das Giralgeld abzuheben, ist das Spiel aus. Deshalb liegt den Banken sehr daran, dass der Bargeldverkehr immer mehr abnimmt. Seit einiger Zeit machen sie sich sogar für eine Abschaffung des Bargelds stark. Dafür gibt es zwar durchaus gute Gründe, aber dennoch: Ein Schelm, wer Böses dabei denkt!

Der Kopfstand des Geldsystems

Wir hatten ganz am Anfang festgehalten, dass das Bargeld die Grundlage eines Geldsystems bildet. Und wir hatten bei der Einführung des Giralgelds zunächst angenommen, dass das Giralgeld ausschließlich durch die Einzahlung von Bargeld entsteht. Jetzt wissen wir aber,

dass das Gros des Giralgelds durch Kreditvergabe entsteht. Ist das Bargeld dann wirklich noch die Grundlage des Geldsystems?

Um das zu klären, müssen wir wieder zurück ins Jahr 1948. Wie lief das damals ab? Die Beschäftigten bekamen ihren Lohn in bar ausbezahlt. Die alltäglichen Einkäufe haben sie direkt mit dem Bargeld bezahlt. Das übrig gebliebene Bargeld haben sie auf ihr Giro-Konto eingezahlt, um Zahlungsverpflichtungen wie Miete, Stromkosten und Telefongebühren per Lastschrift, Dauerauftrag oder Einzelüberweisung zu erfüllen. Bargeld *abgehoben* haben sie nur selten. Der Bargeldstrom verlief demnach überwiegend aus den Lohntüten der Beschäftigten auf die Giro-Konten. Da macht es dann auch durchaus Sinn, das Bargeld als Grundlage zu betrachten.

Heute ist es genau umgekehrt: Die Beschäftigten bekommen ihren Lohn als Gutschrift auf ihr Giro-Konto. Damit wickeln sie alle bargeldlosen Zahlungen ab. Einen kleinen Teil heben sie bar ab, um kleinere Zahlungen zu tätigen, für die sich die bargeldlose Zahlung noch nicht durchgesetzt hat. Wir kommen heute nur an Bargeld, indem wir es entweder selbst von unserem Giro-Konto abheben oder von irgendjemand bekommen, der es von irgendjemand bekommen hat, der es ... und so weiter und so fort. Am Ende steht jemand, der es von einem Giro-Konto abgehoben hat. Da stellt sich dann schon die Frage, was hier eigentlich die Grundlage von was ist.

Tatsächlich haben wir heute keinen direkten Zugang zu Bargeld. Das Bargeld wird von der Zentralbank erzeugt und ausschließlich an die Banken ausgegeben. In unsere Hände gerät es nur, indem wir es von einem Giro-Konto abheben. Es gibt keinen Weg, auf dem Bargeld von der Zentralbank *ohne* Umweg über ein Giro-Konto in unsere Taschen gelangt. Deshalb steht das Geldsystem heute auf dem Kopf. Das Bargeld in unseren Taschen ist fast vollständig von den Giro-Konten abgehoben worden, und das Giralgeld auf den Giro-Konten ist fast vollständig durch Kreditvergabe entstanden. Daraus folgt, dass heute auch das Bargeld letztendlich durch Kreditvergabe entsteht. Wir kommen also an das gesetzliche Zahlungsmittel – das Bargeld – nur noch heran, indem wir uns vorher das Giralgeld der Banken beschaffen.

Der Zahlungsverkehr wird heute in den meisten Industrieländern zu 90 bis 95 Prozent bargeldlos, d.h. mit Giralgeld, abgewickelt; der Rest entfällt auf Bargeldzahlungen. Daraus wird häufig geschlossen, dass nur 90 bis 95 Prozent des Geldes durch Kreditvergabe entstanden sind. Wir haben aber festgestellt, dass diese Schlussfolgerung falsch ist. Darüber hinaus mussten wir bereits feststellen, dass Giralgeld kein gesetzliches Zahlungsmittel ist und Zahlungen mit Giralgeld deshalb keine gesetzliche Grundlage haben, sondern nur geduldet sind. Wir befinden uns demnach in Sachen Geld in einem rechtsfreien Raum.

Die Kreditnehmer

Wir können also festhalten, dass unser Geld fast ausschließlich durch Kreditvergabe entsteht. Unser heutiges Geldsystem wird deshalb auch als *Kreditgeldsystem* oder *Schuldgeldsystem* bezeichnet. Geld entsteht in diesem System nur dadurch, dass sich ein Kreditnehmer

verschuldet. Also: Geld = Schuld. Geldmenge = Schuldmenge. Hier gilt wieder: Mindestens dreimal lesen.

Das hat einige bemerkenswerte Konsequenzen. Erstens: Je mehr Geld wir haben, desto mehr Schulden haben wir. Das gilt natürlich nicht für jeden Einzelnen, sondern nur für die Volkswirtschaft als Ganzes. Zweitens: Wenn ein Kredit zurückgezahlt wird, nehmen Schuld- und Geldmenge ab. Wenn alle Schulden zurückgezahlt werden, haben wir kein Geld mehr!

Wer sind die möglichen Kreditnehmer? Es sind die Nicht-Banken: die Bürger, die Unternehmen und der Staat. Wer soll die Schulden tragen und die Zinsen für die Schulden bezahlen? Die Bürger? Das geht nicht. Die Unternehmen? Fakt ist, dass die Schulden der Unternehmen in den letzten 30 Jahren stark zurückgegangen sind. Wer bleibt dann noch übrig? Der Staat. Diese Diskussion führt uns zu grundsätzlichen volkswirtschaftlichen Fragestellungen und Zusammenhängen, die in der öffentlichen Diskussion über Wirtschaftskrisen und Schulden – insbesondere Staatsschulden – völlig ignoriert werden. Da ist es dann auch kein Wunder, dass die Akteure planlos handeln und keine nachhaltige Lösung der Probleme in Sicht ist.

Wir gehen darauf nicht weiter ein, sondern versuchen, die Sache auf den Punkt zu bringen. Geld = Schuld. Wenn wir unser heutiges Geld behalten wollen, müssen wir demnach auch die Schulden der Nicht-Banken bei den Banken beibehalten, d.h. diese Schulden dürfen *nicht* zurückgezahlt werden. Nun sind Schulden, die man nicht zurückzahlen *darf*, nur dann ein Problem, wenn man Zinsen für diese Schulden bezahlen muss. Wir stellen also fest, dass das Problematische an einem Schuldgeldsystem nicht die Schulden, sondern die Zinsen sind. Wenn wir nun aber annehmen, dass die Schulden *weder* verzinst *noch* zurückgezahlt werden müssen, ist es egal, wer sie übernimmt. In diesem Fall ergibt das Ganze keinen Sinn mehr.

Wir können also festhalten, dass wir ein Geld benötigen, für das keine Zinsen bezahlt werden müssen. Ob dieses Geld dann noch irgendwo als bleibende Schuld von jemandem verbucht wird, ist dann nur noch eine zweitrangige Frage. Genauer gesagt: es ist egal.

Die Zinsen

Wenn das gesamte Geld durch Kreditvergabe entstanden ist, müssen auch für das gesamte Geld Zinsen bezahlt werden. Wir bezahlen also nicht nur Zinsen für das Geld, das wir *leihen*, sondern auch für das Geld, das wir *haben*. Das gilt auch für das Bargeld, mit Ausnahme der Bargeldmenge, die 1948 verteilt wurde. Die Zinsen für das Geld, das wir leihen, zahlen wir direkt. Diese Zinsen nehmen wir bewusst wahr. Die Zinsen für das Geld, das wir haben, zahlen wir indirekt. Diese Zinsen nehmen wir *nicht* bewusst wahr. Wir müssen das Geld, das wir haben, bis zu dem Kreditnehmer zurückverfolgen, durch dessen Kreditaufnahme das Geld entstanden ist. Handelt es sich dabei um ein Unternehmen, werden die Zinsen auf die Preise umgelegt, die wiederum wir bezahlen. Handelt es sich um den Staat, werden die Zinsen auf die Steuern umgelegt, die ebenfalls wir bezahlen. Die Zinsen für das Geld, das wir haben, verbergen sich demnach in den Preisen und den Steuern.

Geldmenge und Wachstum

Zu der Frage, wieviel Geld eine Volkswirtschaft benötigt und wie sich die Geldmenge entwickeln sollte, gibt es in der Volkswirtschaftslehre zwei sich widersprechende Meinungen. Die eine Seite behauptet, Geld wäre *neutral*, d.h. Änderungen der Geldmenge würden sich nur auf die Preise der Waren auswirken und hätten keinen Einfluss auf die Menge der verkauften Waren und damit auch keinen Einfluss auf das Wirtschaftswachstum. Die andere Seite behauptet das Gegenteil. Wer hat Recht?

Die Diskussion über diese Frage wird ausschließlich *theoretisch* und *pauschal* geführt. Das geht völlig an der Wirklichkeit vorbei. Wir betrachten zwei Extremfälle, um die grundlegenden Zusammenhänge zu verdeutlichen: den Verkauf eines Gemäldes auf einer Auktion und den Verkauf von Eiern auf einem Wochenmarkt. Im Fall des Gemäldes sind wir ganz schnell fertig. Es gibt nur ein Exemplar, und wenn die potentiellen Käufer aufgrund einer Erhöhung der Geldmenge mehr Geld haben, wird der Preis steigen. Das ist trivial. Die durch das gebotene Geld ausgeübte Kaufkraft kann sich hier prinzipiell nicht auf die angebotene Menge auswirken.

Auf dem Wochenmarkt ist das völlig anders. Wir versetzen uns dazu in die Lage eines Eierverkäufers und nehmen an, wir hätten für einen längeren Zeitraum eine konstante Menge an Eiern zu einem konstanten Preis verkauft. Eines Tages haben plötzlich einige Kunden mehr Geld und möchten mehr Eier kaufen. Wir haben jedoch aus sicherer Quelle erfahren, dass die Geldmenge erhöht wurde. Damit das Geld neutral bleibt, müssten wir jetzt den Preis erhöhen. Das geht aber nicht, da wir uns im Preiswettbewerb mit anderen Eierverkäufern befinden. Wir werden also an diesem Tag *mehr* Eier zum *gleichen* Preis verkaufen. Wir tun das natürlich auch, um unseren Marktanteil zu erhöhen. Hält die stärkere Nachfrage an, werden wir so viele Eier wie möglich verkaufen, um unseren Marktanteil weiter zu erhöhen. Erst wenn wir an unsere Kapazitätsgrenze stoßen, erhöhen wir den Preis. Dadurch wandern einige Kunden zu anderen Eierverkäufern ab, die ihr Angebot nun ebenfalls bis zu ihrer Kapazitätsgrenze erhöhen und schließlich ebenfalls den Preis erhöhen. Das Ganze ist ein dynamischer Vorgang, der stark von den jeweiligen Gegebenheiten abhängt, z.B. davon, wie stark die Eierverkäufer ihr Angebot ohne zusätzliche Investitionen ausweiten können. Da die Kosten pro Stück mit zunehmender Menge in der Regel abnehmen und bei Massenwaren häufig ein starker Wettbewerb um Marktanteile herrscht, kann dies sogar zu einer stark erhöhten Menge bei einem *niedrigeren* Preis führen, d.h. die Menge an verkauften Eiern nimmt stärker zu als die umgesetzte Geldmenge.

Wir können also festhalten: Bei Massenwaren führt eine durch eine Geldmengenerhöhung verstärkte Nachfrage in der Regel zu einer Mengenausweitung bei konstanten oder leicht steigenden Preisen; bei starkem Wettbewerb können die Preise sogar fallen. Bei überschaubaren Märkten und Waren, deren Angebotsmenge nicht einfach erhöht werden kann, steigen dagegen in erster Linie die Preise. Das gilt z.B. für Wertpapiere und Immobilien. Wie sich

eine allgemeine Geldmengenerhöhung in einer Volkswirtschaft insgesamt auswirkt, hängt deshalb stark vom Waren-Mix und der Verwendung des zusätzlichen Geldes ab.

In einer Volkswirtschaft gibt es immer Waren, deren Preise steigen, und Waren, deren Preise fallen. Die Forderung, die Geldmenge so zu regeln, dass die Preise stabil bleiben, ist deshalb nur scheinbar sinnvoll. Die Willkür verbirgt sich in diesem Fall in den Berechnungen. Das bietet einflussreichen Kreisen die Möglichkeit, ihre Interessen hinter intransparenten Berechnungsmethoden zu verbergen. Zudem steht die Forderung nach Preisstabilität in krassem Widerspruch zur Funktion der Preise als Indikator für die Knappheit von Waren. Wenn in einer zunehmend übernutzten Welt sehr viele Waren teurer werden müssten, dies aber durch eine Geldmengenerhöhung kompensiert wird, geht dieser Indikator verloren.

Sie wundern sich jetzt wahrscheinlich, dass die Begriffe *Inflation* und *Deflation* noch nicht gefallen sind. Mit diesen Begriffen ist im Laufe der Geschichte schon dermaßen viel Schindluder betrieben worden, dass es sich empfiehlt, sie möglichst zu vermeiden. Wir sprechen hier lieber von steigenden Preisen und fallenden Preisen, weil es uns daran erinnert, dass wir nicht einfach alle Waren über einen Kamm scheren können. Und dass die Zusammenhänge zwischen Preisen und Mengen nicht in Stein gemeißelt sind, haben wir auch schon gesehen. Richtig ist aber, dass stark fallende Verkaufspreise für ein Unternehmen ein großes Problem darstellen, weil die kalkulierten Einnahmen auch bei gleichzeitig sinkenden Einkaufspreisen nicht mehr erzielt werden können und im schlimmsten Fall die Insolvenz droht. Fallende Preise sind demnach viel gefährlicher als steigende Preise.

Letztendlich müssen Vorgaben für die Geldmenge und das Wachstum im gesellschaftlichen Diskurs gefunden und auf demokratischem Wege umgesetzt werden. Starre Regeln wirken dagegen wie ein blockiertes Lenkrad: Man landet damit früher oder später im Straßengraben. Damit verlassen wir dieses Thema und begeben uns wieder ins Dickicht des Geldsystems.

Der Zinssatz für Kredite

Wir haben gesehen, dass das Giralgeld durch einen Kreditvertrag erzeugt wird. Man nennt dies auch *Geldschöpfung aus dem Nichts*. Die Banken müssen für das Giralgeld eine *Mindestreserve* bei der Zentralbank hinterlegen. Diese ist jedoch so gering, dass sie praktisch keine Begrenzung für die Geldschöpfung darstellt. Im Euro-Raum beträgt die Mindestreserve zurzeit 1%. Auch die Leitzinsen der Zentralbank wirken sich kaum auf die Geldschöpfung aus und spielen in der Praxis in erster Linie eine markt-psychologische Rolle. Dennoch gibt es Grenzen für die Geldschöpfung, die jedoch erst sehr spät greifen. Um es vorwegzunehmen: In der Regel greifen sie zu spät. Wir kommen auf diese Thematik im Zusammenhang mit den Reserven noch einmal zurück.

Da die Kreditmenge innerhalb sehr weiter Grenzen praktisch unbegrenzt ist, stellt sich die Frage, wie der Zinssatz für die Kredite zustande kommt. Ein Angebot-Nachfrage-Mechanismus wie bei Darlehen liegt bei Krediten nicht vor. Für die Banken ist die Sache ganz einfach: Sie maximieren ihre Zinseinnahmen. Ist der Zinssatz zu niedrig, fallen nur wenig Zinsen an; ist

er zu hoch, nehmen die Nicht-Banken weniger Kredite auf und es fallen ebenfalls nur wenig Zinsen an. Es gibt demnach ein Optimum, das irgendwo zwischen Null-Zinssatz und Null-Kreditaufnahme liegt. Diesem Optimum folgen die Banken. Es ist dabei auch keineswegs so, dass der Zinssatz mit zunehmender Kreditmenge steigt; er kann auch fallen, wenn die Kreditmenge dabei so stark zunimmt, dass die Zinseinnahmen trotz geringerem Zinssatz steigen. Letzteres ist ein Zeichen dafür, dass sich eine *Kreditblase* bildet.

Der Kredithebel

Die Ursache für die Entstehung einer Kreditblase ist die Hebelung von Investitionen durch Kredite. Das lohnt sich immer dann, wenn die erwartete Rendite für eine Investition höher ist als der Zinssatz für Kredite. In diesem Fall kann man die Eigenkapitalrendite mit einem *Kredithebel* erhöhen.

Das Prinzip ist schnell erläutert: Wir nehmen an, dass wir über Eigenkapital von 100€ verfügen, das wir in ein Projekt mit einer Rendite von 6% investieren wollen. Wenn wir nur unser Eigenkapital investieren, ergibt sich eine Eigenkapitalrendite von ebenfalls 6%. Wir nehmen nun an, dass der Zinssatz für Kredite 3% beträgt. Dann nehmen wir einen Kredit über z.B. 400€ auf und investieren insgesamt 500€. Beträgt die Rendite auch in diesem Fall noch 6%, verzeichnen wir einen Brutto-Gewinn von 30€. Davon müssen wir 12€ Zinsen für den Kredit abziehen. Es bleibt ein Netto-Gewinn von 18€. Das entspricht einer Eigenkapitalrendite von 18%. Nicht schlecht, Herr Specht. In der Praxis ist die Sache allerdings nicht ganz so rosig. Bei einer Investition von insgesamt 500€ liegt vermutlich schon eine *Überinvestition* vor, d.h. das Ganze ist schon Zuviel des Guten; dadurch sinkt die Rendite, z.B. von 6% auf 4%. Dann liegt der Brutto-Gewinn nur noch bei 20€ und der Netto-Gewinn nur noch bei 8€. Die Eigenkapitalquote schrumpft auf 8%. Nicht so gut wie 18%, aber immer noch besser als 6%. Für die Bank ist die Kalkulation einfacher: Der Kredit kommt aus dem Nichts und verursacht keine Kosten, d.h. die 12€ Zinsen sind für die Bank Netto-Gewinn.

Der optimale Faktor für eine Hebelung hängt davon ab, wie schnell die Rendite bei einem Aufblasen der Investition einbricht. Besonders verlockend sind in diesem Zusammenhang Immobilien-Projekte, vor allem Apartment-Kolosse an irgendwelchen Stränden. Dabei wird in der Regel eine konstant hohe Rendite angenommen, oder anders gesagt: Es wird so viel gebaut, wie der Platz hergibt.

Eine Hebelung von Investitionen auf breiter Front ist nur möglich, weil die Kreditmenge ohne Probleme nahezu beliebig ausgedehnt werden kann. Man kann auch mit Darlehen hebeln, dabei ist aber die Menge begrenzt. Man kann mit einer Hebelung phantastische Gewinne einfahren ... oder phantastische Verluste. Die Hebelung ist deshalb ein Krisenverstärker der Super-Schergewichtsklasse. Nur einige neuere „innovative Finanzprodukte“ können da noch mithalten. Wir halten fest: Die Banken können mit der Hebelung von Investitionen Zinsgewinne erzielen und die dazu benötigten Kredite ohne eigene Kosten bereitstellen.

Boom und Bust

Wenn wir die Ergebnisse der letzten drei Abschnitte betrachten, wird klar, wie die Auf- und Abwärtsbewegungen in einer Volkswirtschaft zustande kommen. Diese Boom-Bust-Zyklen werden ausschließlich durch das Kreditgeldsystem und die Kredithebelung verursacht. Die erwarteten Renditen von Investitionen, die für den Kredithebel von zentraler Bedeutung sind, werden in den Boom-Phasen über- und in den Bust-Phasen unterschätzt. Dadurch wird in den Boom-Phasen zu viel Kredit aufgenommen und *überinvestiert*; dagegen wird in den Bust-Phasen zu wenig Kredit aufgenommen und *unterinvestiert*. Aufschwung und Abschwung sind *selbstverstärkend*. Im Aufschwung entsteht eine Kreditblase – häufig bei Wertpapieren oder Immobilien –, deren Platzen den Abschwung einläutet.

In diesem Zusammenhang wirkt sich die Gleichung $\text{Schuld} = \text{Geld}$ besonders negativ aus. Im Aufschwung wird durch die übermäßige Kreditvergabe der Banken die Geldmenge so stark erhöht, dass auch die Bereiche ohne direkte kreditgehebelte Investitionen sehr stark stimuliert werden. Dadurch herrscht eine *allgemeine* Aufbruchsstimmung. Reißt die Hebelung ab, weil die erwarteten Renditen zurückgehen, stürzt die Kreditmenge geradezu ab und nimmt über die reduzierte Geldmenge auch die anderen Bereiche mit auf Talfahrt. Da fallende Preise viel dramatischere Auswirkungen haben als steigende Preise, erfolgt der Absturz wesentlich schneller als der Aufstieg. Daraus resultieren die von den Börsen bekannten Zyklen mit einem eher langsamen, sich selbst beschleunigenden Aufstieg und einem steilen Absturz. Kreditgeld + Kredithebel = sägezahn-förmiger Wirtschaftsverlauf.

Kreditausfall und Sicherheiten

Wer größere Mengen an Geld leiht, muss eine Sicherheit stellen. Ist das gerechtfertigt? Bei einem Darlehen ist die Forderung nach einer Sicherheit angemessen. Wenn der Darlehensnehmer das Darlehen nicht zurückzahlen kann, entsteht für den Darlehensgeber ein Verlust, da er die ausgefallene Summe seinen eigenen Geldgebern – Sparern oder Anlegern – nach wie vor schuldet. Der Darlehensgeber *verwertet* dann die Sicherheit des Darlehensnehmers, um die Gelder an die Geldgeber zurückzahlen zu können.

Bei einem Kredit sind die Verhältnisse anders. In diesem Fall gibt es keine Geldgeber, von denen das Geld kommt. Es wird durch eine Buchung aus dem Nichts erzeugt. Der Kreditgeber muss dieses Geld weder zurückzahlen, noch muss er Zinsen dafür entrichten. Fällt der Kredit aus, d.h. erhält der Kreditgeber das Geld nicht zurück, entsteht ihm kein Verlust, da er das Geld niemandem schuldet. Dennoch weisen die Banken bei Kreditausfällen hohe Verluste aus, und einige Banken brechen sogar zusammen. Es muss bei Kreditausfällen demnach doch zu irgendwelchen Problemen kommen. Schon wieder ein Rätsel.

Ein Kreditausfall muss aus zwei Perspektiven betrachtet werden: das, was *angeblich* passiert, und das, was *tatsächlich* passiert. In der Öffentlichkeit wird nicht zwischen Kredit und Darlehen unterschieden; deshalb geht ein gewöhnlicher Kredit- bzw. Darlehensnehmer immer davon aus, dass das ihm überlassene Geld von Sparern oder Anlegern stammt. Da die Darlehensgeber eine Sicherheit verlangen, müssen auch die Kreditgeber eine Sicherheit verlan-

gen, damit der Unterschied zwischen Kredit und Darlehen nicht auffällt. Großinvestoren, die mit Kredithebelung arbeiten, kennen den Unterschied natürlich; deshalb werden bei der Kredithebelung in der Regel auch keine Sicherheiten verlangt.

Aus der fehlenden Unterscheidung zwischen Kredit und Darlehen folgt auch, dass in der öffentlichen Diskussion alle Banken gleich behandelt werden. Es erfolgt keine Unterscheidung zwischen den Geschäftsbanken, die Kredite vergeben, und den Nicht-Geschäftsbanken, die Darlehen vergeben. Deshalb ist in der öffentlichen Diskussion auch nicht vermittelbar, dass bei Ausfällen nur die Darlehensgeber echte Verluste erleiden. Verluste *ausweisen* müssen demnach beide. Sieht man genauer hin, fällt aber auf, dass Zusammenbrüche nur bei den Darlehensgebern auftreten. Das wird in der Öffentlichkeit damit begründet, dass die Kreditgeber – also die Geschäftsbanken – *gerettet* werden müssten, weil sie *too big to fail* seien. Darüber hinaus fällt auf, dass bei den geretteten Geschäftsbanken nach einiger Zeit eine *Rekapitalisierung* erfolgt, bei der sich die ausgewiesenen Verluste wie durch ein Wunder in zusätzliches Eigenkapital verwandeln. Das werden wir uns im Folgenden noch genauer ansehen.

Wir lassen uns von den Bäumen nicht verwirren und versuchen den Wald als Ganzes in den Blick zu bekommen. Dazu stellen wir eine Vorher-Nachher-Betrachtung zwischen den Nicht-Banken, aus deren Reihen der Kreditnehmer stammt, und den Banken, aus deren Reihen die kreditgewährende Bank stammt, an. Als Beispiel verwenden wir eine Immobilienfinanzierung mit 100% Kredit. Dabei nehmen wir der Einfachheit halber an, dass der Kredit zinsfrei gewährt wird. Die Bank erzeugt das Giralgeld, mit dem der Kreditnehmer die Immobilie kauft. Zahlt der Kreditnehmer den Kredit zurück, verschwindet das Giralgeld wieder. Es wurde durch eine Buchung erzeugt und wird durch eine Buchung wieder vernichtet. Die Bank befindet sich wieder im selben Zustand wie vorher. Sie hatte vorher nichts und hat auch nachher nichts. Zahlt der Kreditnehmer den Kredit *nicht* zurück, kehrt das Giralgeld nicht zur Bank zurück und wird deshalb auch nicht wieder vernichtet. Gleichzeitig übernimmt die Bank die Immobilie. Daraus folgt für die Bank: Vorher hatte sie nichts, jetzt hat sie ... eine Immobilie. Für Insider: Die Immobilie wird in der Bilanz als Aktivum verbucht. Dem steht das Giralgeld aus der Kreditvergabe, das aufgrund der ausgefallenen Rückzahlung des Kredits nicht wieder vernichtet wurde, als Passivum gegenüber. Die Bilanz ist ausgeglichen.

Was bedeutet das unter dem Strich? Es bedeutet, dass die Bank sich selbst Kredit gegeben und mit dem Geld die Immobilie gekauft hat. Der Kreditnehmer dient dabei nur als Strohmännchen. Natürlich ist die Bank sich selbst gegenüber großzügig und verzichtet auf eine Rückzahlung des Kredits. Auch Zinsen verlangt sie von sich selbst nicht. Das heißt: Es handelt sich de facto um Eigenkapital.

Für Insider: Mit diesem Zustand könnte die Bank eigentlich gut leben. Er hat aber einen kleinen Schönheitsfehler: Das Giralgeld des Kredits wird in der Bilanz als Verbindlichkeit – also als Fremdkapital – geführt, obwohl es sich de facto um Eigenkapital handelt. Dadurch sinkt die Eigenkapitalquote der Bank früher oder später unter das zulässige Minimum. Die Bank

muss dann einen Teil der Verbindlichkeiten in Eigenkapital umwandeln, damit die Eigenkapitalquote zunimmt. Dieser Vorgang wird als *Rekapitalisierung* bezeichnet. Dabei wird aber nur *umgebucht*. Es erfolgt *kein* Kapitalzufluss von außen. Diese Feststellung löst in der Regel heftigen Widerspruch aus. Dabei wird argumentiert, Eigenkapital sei Geld, das man *hat*, während Fremdkapital Geld sei, das man *leiht*. Man könne nicht einfach das Eine in das Andere umbuchen. Dieses Argument gilt aber nur für Nicht-Banken. Das eingezahlte Eigenkapital einer Nicht-Bank ist Geld, und Geld entsteht ausschließlich durch Kreditvergabe der Banken. Das eingezahlte Eigenkapital der Banken ist ebenfalls Geld und entsteht ... durch Kreditvergabe der Banken. Das Bankensystem muss deshalb sein Eigenkapital zwangsläufig selbst erzeugen. Da beißt die Maus keinen Faden ab.

Wir halten fest: Ein Kreditausfall stellt für den Kreditgeber *keinen* Verlust dar. Ist der Kredit mit einer Sicherheit versehen und übernimmt der Kreditgeber diese, vergrößert sich sein Vermögen. Das ist nicht Sinn der Sache. Wem gehört die Sicherheit dann? Die Antwort auf diese Frage bedarf einer längeren Diskussion, die wir hier nicht führen können. Klar ist aber, dass sie *nicht* dem Bankensystem gehört.

Mit dieser Vorher-Nachher-Betrachtung sind wir aber noch nicht fertig. Es kann durchaus sein, dass während des Vorgangs schwerwiegende Probleme auftreten. Dazu müssen wir uns zunächst mit einer weiteren Form des Geldes beschäftigen, den ...

Reserven

Wenn Sie aufmerksam gelesen haben, ist Ihnen vielleicht aufgefallen, dass wir im letzten Abschnitt den Kreditnehmer als Vertreter der Nicht-Banken und die kreditgewährende Bank als Vertreterin der Banken eingeführt, dann aber keinen Gebrauch von dieser Abgrenzung gemacht haben. Das holen wir jetzt nach. Der Vorgang spielt sich nämlich nur dann ausschließlich innerhalb der kreditgewährenden Bank ab, wenn das Geld im Kundenkreis der Bank verbleibt und nicht an andere Banken überwiesen wird. Erfolgt dagegen eine Überweisung an andere Banken, werden *alle* Banken in den Vorgang mit hineingezogen.

Wir hatten festgestellt, dass es sich bei Giralgeld um einen Anspruch auf Bargeld handelt. Dafür muss *die* Bank gerade stehen, die das Giro-Konto führt, auf dem das Giralgeld verbucht ist. Überweist der Inhaber das Geld auf ein Konto bei einer anderen Bank, muss diese für den Anspruch gerade stehen. Obwohl wir bereits wissen, dass die Banken diesen Ansprüchen insgesamt nicht genügen können und das Geldsystem in Wirklichkeit auf dem Kopf steht, behandeln die Banken eine einzelne Überweisung so, als wäre das gesamte Giralgeld durch Bargeld gedeckt. Es reicht demnach nicht aus, das Giralgeld von Bank A zu Bank B zu übertragen. Parallel dazu muss auch das zur Deckung verwendete (... angenommene ...) Bargeld übertragen werden. Zu jeder Überweisung von Giralgeld gehört deshalb pro forma eine Bargeldübertragung in gleicher Höhe. Damit dazu nicht ständig Bargeld hin- und hergetragen werden muss, haben sich die Banken zu diesem Zweck ein eigenes Buchgeld geschaffen: die Reserven. Im Gegensatz zum Giralgeld der Banken handelt es sich dabei um gesetzli-

ches Zahlungsmittel. Reserven sind juristisch dem Bargeld äquivalent. Es handelt sich gewissermaßen um *nicht gedruckte* Geldscheine.

Die Abrechnung der Reserven zwischen den Banken erfolgt über Konten, die bei der Zentralbank geführt werden. Die Kontonummern dieser Konten entsprechen den Bankleitzahlen der Banken. Damit der Reserven-Zahlungsverkehr nicht immer über die Zentralbank gehen muss, haben die Banken zusätzlich bilaterale Interbankenkonten eingerichtet. Wir gehen darauf hier aber nicht weiter ein.

Der Reserven-Zahlungsverkehr hat eine Eigenschaft, die für uns besonders wichtig ist: In der Praxis werden sehr viele Überweisungen ausgeführt. Dabei kompensieren sich die Reserven-Zahlungen nahezu vollständig, weil im Mittel genauso viel Giralgeld von A nach B wie von B nach A überwiesen wird. Heißt: Während die Brutto-Giralgeld-Ströme sehr hoch sind, sind die Netto-Giralgeld-Ströme und die zugehörigen Reserven-Ströme im Vergleich dazu praktisch gleich Null. Deshalb ist die Menge an Reserven, die die Banken für diesen Zahlungsverkehr benötigen, auch gering und steht in keinem direkten Zusammenhang zur Giralgeldmenge. Es gibt lediglich eine Untergrenze: die Mindestreserve, der wir bei der Beschreibung der Kreditvergabe schon einmal begegnet sind. Sie beträgt im Euro-Raum zurzeit 1%, d.h. die Menge an Reserven muss *mindestens* 1% der Giralgeldmenge betragen. In der Praxis ist der Prozentsatz jedoch deutlich höher, da die Reserven-Ströme nur im Mittel zu Null werden und die Banken einen Puffer für kurzfristige Schwankungen benötigen. Er schwankt zwischen 3% und über 10%, je nachdem, wie ruhig oder turbulent es im Bankensystem gerade zugeht. Turbulent wird es bei größeren, unerwarteten Kreditausfällen, die sich nicht *gleichmäßig* auf die Banken verteilen. Wir kommen noch darauf zurück.

Die Banken-Herde

In den Medien ist häufig vom Herdentrieb der Banken die Rede. Das wird damit begründet, dass die Banken eine einheitliche – eventuell falsche – Einschätzung der Lage vornehmen und deshalb alle in dieselbe – eventuell falsche – Richtung laufen. Das ist zwar häufig der Fall, tatsächlich sind die Bande innerhalb der Banken-Herde aber viel stärker. Die Ursache dafür liegt in den durch die Kreditvergabe verursachten Reserven-Flüssen.

Das Bankensystem funktioniert aufgrund der im Vergleich zur Giralgeldmenge geringen Reservenmenge nur dann reibungslos, wenn die Reserven-Flüsse zwischen den Banken klein bleiben und im Mittel zu Null werden. Deshalb können die Banken systembedingt nicht unabhängig voneinander agieren. Das gilt vor allem für die Kreditvergabe. Weitet eine große Bank ihre Kreditvergabe aus, d.h. erhöht sie die Giralgeldmenge auf den bei ihr geführten Giro-Konten, fließen durch den allgemeinen Überweisungsverkehr mehr Giralgeld und mehr Reserven zu anderen Banken ab. Dieses Ungleichgewicht kann nicht dauerhaft Bestand haben. Zwei Reaktionen sind möglich: Entweder die Bank reduziert ihre Kreditvergabe wieder auf ein Niveau, das den Abfluss stoppt, oder die anderen Banken weiten ihre Kreditvergabe ebenfalls aus. Letzteres ist für die Banken natürlich attraktiver. Das führt in Boom-Zeiten

dazu, dass sich die Banken gegenseitig zu einer immer höheren Kreditvergabe aufschaukeln. Da alle profitieren, ist mit Spielverderbern nicht zu rechnen.

Irgendwann ist die Kreditmenge dann aber so weit aufgeblasen, dass größere Ausfälle drohen. Das ist zwar gemäß unserer Vorher-Nachher-Betrachtung im Prinzip kein Problem, im Verlauf dieser Ausfälle kann es aber zu so großen Reserven-Strömen kommen, dass Banken mit großen Ausfällen insolvent werden. Deshalb treten Banken, die größere Ausfälle auf sich zukommen sehen, irgendwann auf die Bremse, d.h. sie schränken ihre Kreditvergabe ein. Damit ziehen sie aber Giralgeld und Reserven von anderen Banken an sich. Dadurch müssen die anderen Banken ihre Kreditvergabe ebenfalls drosseln, um den Abfluss an Reserven zu stoppen. Dadurch geht die Kreditmenge auf Talfahrt. Und es ist einmal mehr wie im wahren Leben: Bergab geht es bedeutend schneller als bergauf. Es handelt sich bei der Talfahrt um einen Bankrun *innerhalb* des Bankensystems. Einen Run auf die Reserven. Das ruft die Zentralbank auf den Plan. Sie muss den Banken riesige Mengen an Reserven zur Verfügung stellen, um die Talfahrt zu stoppen. Das *kann* funktionieren. Meistens funktioniert es nicht. Selbst wenn sich die Banken beruhigen und bereit sind, wieder mehr Kredite zu vergeben, treten aufgrund der inzwischen aufgetretenen Krisen-Stimmung auch die potentiellen Kreditnehmer auf die Bremse. Das gilt vor allem für Investoren, die mit Kredithebelung arbeiten. Sie *müssen* sogar eine Vollbremsung hinlegen, um ihre Verluste zu begrenzen. Am liebsten würden sie dabei auch noch den Rückwärtsgang einlegen. Die Kredite werden faul. Die Kreditmenge kollabiert. Die Gleichung Geld = Schuld gibt uns den Rest. Kredit weg = Geld weg. Höchste Zeit für eine ...

Bankenrettung

Nicht alle größeren Kreditausfälle führen automatisch zu einer Finanzkrise. Das hängt davon ab, wie sich die Kreditausfälle auf die Banken verteilen. Wenn bei allen Banken ein etwa gleicher Prozentsatz der Kredite ausfällt, kompensieren sich die resultierenden Reserven-Ströme und das Ganze geht relativ geräuschlos über die Bühne. Ernst wird es, wenn sehr große Kreditausfälle bei einer kleinen Gruppe von Banken auftreten. Das ist immer dann der Fall, wenn eine Kreditblase in einem Bereich auftritt, der von einer kleinen Gruppe großer Banken – *zu großer Banken* – mit Krediten versorgt wird. In diesem Fall werden die Reserven-Abflüsse bei diesen Banken so groß, dass eine Insolvenz droht. Das Problem liegt *nicht* in den Kreditausfällen an sich. Sind Sicherheiten vorhanden, sind die Ausfälle langfristig sogar eher wie ein Lottogewinn, wie unsere Überlegungen gezeigt haben. Es liegt an den resultierenden Ungleichgewichten im Bankensystem. Oder anders gesagt: Ein Lottogewinn bringt nichts, wenn man beim Abholen erschossen wird.

Eine Bankenrettung ist im Falle von Kreditausfällen demnach immer nur ein vorübergehender Prozess. Die zu rettende Bank muss während des Abbaus der Ungleichgewichte vor einer Insolvenz bewahrt werden. Das dazu zur Verfügung gestellte Geld kann anschließend wieder 1:1 abgezogen werden. Unter dem Strich kostet das nichts. Es handelt sich um eine Art Polizeischutz für die Bank auf dem Weg zu ihrem Lottogewinn. Es kostet nur dann etwas, wenn

der Retter das Geld für die Rettung per Kredit aufnimmt und dafür Zinsen bezahlt. Ärgerlich wird die Sache, wenn der Retter den Rettungskredit bei *der* Bank aufnimmt, die er mit dem Kredit rettet. Wir gehen hier nicht weiter auf diese Vorgänge ein.

Es muss hier aber noch einmal daran erinnert werden, dass wir hier die Kreditausfälle der Geschäftsbanken betrachtet haben. Bei einem Darlehensausfall entsteht tatsächlich ein Verlust, der durch die Verwertung der Sicherheit ausgeglichen werden muss. Gelingt das nicht, droht dem Darlehensgeber die Insolvenz. In diesem Fall gibt es auch keine Rettung zum Null-Tarif. In der öffentlichen Diskussion pauschal von Bankenrettung zu sprechen, ist demnach irreführend. Es kommt darauf an, ob Kredite oder Darlehen ausgefallen sind.

Eine Zwischenbilanz

Wir fassen die wichtigsten Ergebnisse unserer Betrachtung zusammen:

- Wir bezahlen heute fast ausschließlich mit Giralgeld, das kein gesetzliches Zahlungsmittel ist und für das es keine rechtliche Grundlage gibt. Das Giralgeld ist kein Geld, sondern nur ein *Anspruch* auf Geld. Eine Ausübung dieser Ansprüche führt zu einem Bankrun, d.h. das Geldsystem bricht zusammen.
- Das Giralgeld entsteht ausschließlich durch Kreditvergabe der Banken. Es gibt dafür keine wirksame Begrenzung. Für die Banken gilt: je mehr, desto besser ... bis die erste Bank auf die Notbremse tritt.
- Das Geldsystem steht praktisch auf dem Kopf, da wir zum Bargeld, das eigentlich die Grundlage des Geldsystems bilden sollte, keinen direkten Zugang mehr haben. Deshalb entsteht auch das Bargeld letztendlich durch Kreditvergabe.
- Da alles Geld letztendlich durch Kreditvergabe entsteht, zahlen wir nicht nur Zinsen für das Geld, das wir *leihen*, sondern auch für das Geld, das wir *haben*.
- Aufgrund der Gleichung Geld = Schuld ist die Geldmenge an die Stimmungslage der Kreditgeber und Kreditnehmer gebunden. Bei guter Stimmung wird zu viel, bei schlechter Stimmung zu wenig Kredit vergeben. Das führt zu zyklischen Schwankungen der Geldmenge, die sich auf das Wirtschaftsgeschehen übertragen.
- Die pro-zyklische Kreditvergabe wird durch die Kredithebelung von Investitionen massiv verstärkt. Das Fehlen einer wirksamen Begrenzung wirkt sich hier besonders drastisch aus. Das Resultat sind ausgeprägte Boom-Bust-Zyklen.
- Kreditgeber vereinnahmen Kreditsicherheiten, die ihnen nicht zustehen.
- Die Banken werden durch die Reserven-Ströme zu einem Herden-Verhalten angehalten. Dadurch wird das pro-zyklische Verhalten weiter verstärkt. Im wirtschaftlichen Abschwung wirkt sich das besonders negativ aus.

Wir hatten schon ganz am Anfang vermutet, dass im heutigen Geldsystem etwas faul ist. Wir sehen nun: Da ist nicht nur etwas faul. Das ganze System ist oberfaul. Da ist es dann auch

kein Wunder, dass Ben Bernanke es vorzog, vor dem Untersuchungsausschuss zur Finanzkrise den Dummen zu spielen. Er hoffte, mit einem *nicht schuldig* davonzukommen. Das ist ihm auch gelungen. Unsere Indizien gehen allerdings in eine andere Richtung. Wir müssen *grobe Fahrlässigkeit* feststellen.

Die nicht beachteten Mahner

Wir haben bei unserer Betrachtung nichts zutage befördert, was nicht schon seit mindestens 100 Jahren bekannt ist. Im Laufe der Zeit hat es immer wieder Mahner gegeben, die auf die Missstände hingewiesen haben. Da die Zusammenhänge außerhalb des Bankensystems weitgehend unbekannt waren – auch bei Professoren für Volkswirtschaft –, stammt die Mehrzahl der Mahner aus dem Bankensystem selbst. Sie wurden in ihrer Zunft als Nestbeschmutzer ausgegrenzt und von den Professoren nicht beachtet.

Hier einige Zitate von drei bekannten Mahnern:

Ludwig von Mises: *Theorie des Geldes und der Umlaufsmittel*, 1913. Das Giralgeld wird hier als *Umlaufsmittel* bezeichnet. „Der Emittent, der Umlaufsmittel in Verkehr setzt, kann aber auch den Wert eines jeden einzelnen ausgegebenen Umlaufsmittels als Vermögens- oder Einkommenszuwachs ansehen.“ Das heißt nichts anderes, als dass die Banken ihr Eigenkapital selbst erzeugen. Man hat „übersehen, dass, soweit die Banken einheitlich vorgehen, ein beständiges Anschwellen der Umlaufsmittelzirkulation und demzufolge ein Sinken des inneren objektiven Tauschwertes des Geldes eintreten muss.“ Hier wird auf die fehlende Begrenzung und auf den Herdentrieb hingewiesen.

Claus Köhler: *Der Geldkreislauf*, 1962. Das „Giralgeld muss selbstverständlich auf irgendeinem Wege entstanden sein oder, wie der Ausdruck heißt, der die theoretischen Überlegungen zu diesem Problem bildhaft charakterisiert, geschöpft werden. Um das Problem der Giralgeldschöpfung hat es ausgiebige Diskussionen gegeben, und obwohl man heute sagen darf, dass der Vorgang der Giralgeldschöpfung theoretisch geklärt ist, sind diese theoretischen Thesen jedoch keinesfalls Allgemeingut geworden, so dass man wohl noch etwas dabei verweilen muss. Besondere Schwierigkeiten, die These der Wirtschaftstheoretiker zu übernehmen, dass Kreditschöpfung möglich sei, bereitet es vielfach gerade denen, die im Bankwesen tätig sind.“ Köhler erklärt auch, warum das so ist: In Deutschland wird ein „Kredit erst verbucht, wenn er in Anspruch genommen wird. In diesem Fall werden dann immer zum Zwecke der Überweisung oder Zahlung Barmittel benötigt. Buchmäßig berührt eine Kreditgewährung in Deutschland die Bilanz also nur auf der Aktivseite. Die mit der Überweisung der Zahlung an den Kreditnehmer abnehmenden Barmittel werden durch Forderungen gegenüber dem Kreditnehmer ersetzt. Die Kreditschöpfung wird somit auch nicht bei der kreditgewährenden Bank sichtbar, sondern erst bei anderen Banken, bei denen sich die auf Grund des Kredits dem Kunden gegebenen Barmittel niederschlagen. Es ist darum in Deutschland auch nicht möglich – selbst nicht theoretisch –, zwischen echten und unechten Einlagen zu unterscheiden.“ Zur Erklärung muss angefügt werden, dass Köhler für das gesetzliche Zahlungsmittel – Bargeld und Reserven – den Begriff *Barmittel* verwendet. Köhler beschreibt hier, wie der

Geldschöpfungsvorgang aufgrund der Vorgehensweise bei der Verbuchung sogar den Bankmitarbeitern verborgen bleibt. Köhler war von 1974 bis 1990 Mitglied des Direktoriums der Deutschen Bundesbank.

Rolf Gocht: *Kritische Betrachtungen zur nationalen und internationalen Geldordnung*, 1975. „Geld aus Anlass und im Wege eines Kreditgeschäfts entstehen zu lassen, wie es in unserer Geldordnung geschieht, ist eine neben anderen möglichen Techniken. Was spricht eigentlich für diese Technik und die von ihr geprägte Geldordnung, da deren immanente Unstabilität durch die Kreditpolitik der Notenbank zwar gemildert, aber nicht geheilt werden kann und da diese Geldordnung unter den heutigen ökonomischen und politischen Bedingungen ihre eigentliche und einzige Tugend nicht mehr unter Beweis stellen kann, ohne sich selbst als Promotor von Inflation zu diskreditieren? Als die Banken sich im großen Stil zu Einrichtungen der privaten Geldschöpfung entwickelten, ahnte niemand etwas von dieser ihrer Fähigkeit. Erst in den dreißiger Jahren verbreitete sich die Einsicht darüber bei den für das Geldwesen verantwortlichen Stellen. Aber merkwürdigerweise wird es selbst heute noch nicht als der Frage wert empfunden, warum der weitaus größte Teil unseres Geldes seiner Entstehung nach privaten Ursprungs ist. [...] Gesucht wird eine [neue] Geldordnung, die im Gegensatz zur Heutigen nicht eigenständige Quelle von Unstabilität der Beschäftigung und der Preise ist.“ In der Folge skizziert Gocht diese neue Geldordnung. Um es vorwegzunehmen: Es ist das Vollgeld. Es sei noch erwähnt, dass er von 1967 bis 1975 Mitglied des Direktoriums der Deutschen Bundesbank war. Sein Buch ist eine unmittelbare Reaktion auf die Erfahrungen, die er dabei gemacht hat. Es ist einer der sehr seltenen Berichte aus der Schaltzentrale.

Die Volkswirtschaftslehre hat sich des Themas Geld dadurch entledigt, dass sie behauptet, Geld wäre nur ein Schleier und neutral, kurzum: Man müsse sich damit gar nicht befassen. Da ist der Volksmund wesentlich schlauer. Er weiß: Geld regiert die Welt! Das ist aber erst die halbe Wahrheit. Wer regiert das Geld? Die Banken. Wer regiert die Banken? Die tonangebenden Eigentümer der Banken. Wer sind die tonangebenden Eigentümer der Banken? Ein kleiner Kreis von Leuten, deren Namen man sich aus den Vorständen der Zentralbanken und der großen Geschäftsbanken zusammensuchen kann. Passt das zu einem demokratischen Staatswesen? Wir meinen: Nein.

Da die Giralgeldschöpfung der Banken bis heute von einigen Kreisen vehement bestritten wird, gehen wir im nächsten Abschnitt kurz auf die weitere Literatur ein. Sie können diesen Abschnitt problemlos überspringen.

Die Giralgeldschöpfung in der Literatur

Die Giralgeldschöpfung wurde erstmals von Ludwig von Mises im dritten Teil seines bereits genannten Buchs *Theorie des Geldes und der Umlaufsmittel* ausführlich beschrieben. Von Mises geht auf zahlreiche Details ein und widerlegt zahlreiche falsche Ansichten und Argumente. Die Nomenklatur dieses 1913 erschienenen Buchs ist aber aus heutiger Sicht ungewöhnlich, was leicht zu Missverständnissen führen kann.

Ausführlich dargelegt wurde die Giralgeldschöpfung von Rudolf Stucken (*Geld und Kredit*, 2. Auflage, 1957), Erich Schneider (*Einführung in die Wirtschaftstheorie. Band III: Geld, Kredit, Volkseinkommen und Beschäftigung*, 8 Auflagen zwischen 1952 und 1964) und Claus Köhler (*Der Geldkreislauf*, 1962). Die Arbeiten dieser Autoren fanden ihren Niederschlag in der Geldpolitik der 1957 gegründeten Deutschen Bundesbank. Alle drei Autoren wurden für ihre Arbeiten mit dem Großen Verdienstkreuz der Bundesrepublik Deutschland ausgezeichnet. Köhler hat die Steuerung der Giralgeldschöpfung der Banken durch die Deutsche Bundesbank 1977 in seinem Buch *Geldwirtschaft. Band I: Geldversorgung und Kreditpolitik* detailliert beschrieben.

In den 1960er Jahren gab es eine intensive Auseinandersetzung, ob die geldpolitischen Instrumente der Deutschen Bundesbank ausreichen, um die Giralgeldschöpfung der Banken zu kontrollieren. Der bereits genannte Rudolf Stucken hat dies 1967 in seinem Buch *Was stimmt nicht mit unserem Geld?* thematisiert. Danach verschwand das Thema abrupt aus dem Fokus, so dass sich der ebenfalls bereits genannte Rolf Gocht 1975 in seiner Funktion als Mitglied des Direktoriums der Deutschen Bundesbank wundern konnte, dass „*es selbst heute noch nicht als der Frage wert empfunden [wird], warum der weitaus größte Teil unseres Geldes seiner Entstehung nach privaten Ursprungs ist.*“

Inzwischen haben sich die Fachleute aber wieder zu Wort gemeldet. Die Deutsche Bundesbank hat ihr Schülerbuch *Geld und Geldpolitik* aktualisiert und gibt in ihrer *Vertiefung: Häufig gestellte Fragen zur Geldschöpfung* klare Antworten. So schreibt sie: „*Tatsächlich wird bei der Kreditvergabe durch eine Bank stets zusätzliches Buchgeld geschaffen. Die weitverbreitete Vorstellung, dass eine Bank "auch altes, schon früher geschöpftes Buchgeld, z.B. Spareinlagen, weiterreichen" (könne), wodurch die volkswirtschaftliche Geldmenge nicht erhöht wird, trifft nicht zu.*“

Auch die Bank of England hat 2014 eine prägnante Klarstellung mit dem Titel *Money creation in the modern economy* veröffentlicht. Sie schreibt: „*This article explains how the majority of money in the modern economy is created by commercial banks making loans. Money creation in practice differs from some popular misconceptions — banks do not act simply as intermediaries, lending out deposits that savers place with them, and nor do they 'multiply up' central bank money to create new loans and deposits.*“ („*Dieser Artikel erläutert, wie der Großteil des Geldes im heutigen Wirtschaftssystem durch die Kreditvergabe der Geschäftsbanken geschaffen wird. Einige populäre Beschreibungen geben den Vorgang der Geldschöpfung nicht korrekt wieder: Banken sind weder Intermediäre, die Geld verleihen, das Sparer ihnen in Form von Einlagen überlassen haben, noch erzeugen sie zusätzliche Kredite und Einlagen nach dem sogenannten "Multiplikator-Modell".*“)

Wir gehen an dieser Stelle kurz auf das von der Bank of England erwähnte „Multiplikator-Modell“ der Geldschöpfung ein, da es in der Literatur weit verbreitet ist. Mit Hilfe dieses Modells wird eine Gleichung hergeleitet, die den Zusammenhang zwischen der Geldmenge N (= Giralgeld G + Bargeld B) in den Händen der Nicht-Banken und der Zentralbankgeldmenge

Z (= Reserven R + Bargeld B) für den Fall angibt, dass die Banken Reserven mit einem Reserve-Satz r halten und ein Anteil c des per Kreditvergabe erzeugten Giralgeldes bar abgehoben wird:

$$\frac{N}{Z} = \frac{G+B}{R+B} = \frac{1}{r + c(1 - r)}$$

Das Verwirrende daran ist, dass die hergeleitete Gleichung zwar korrekt ist, das Modell jedoch die Abläufe, die zu diesem Zusammenhang führen, nicht korrekt wiedergibt. Das Modell erweckt nämlich den Eindruck, dass die Zentralbanken die Geldschöpfung der Banken über die bereitgestellte Menge an Zentralbankgeld – insbesondere die Reserven – steuern. Das ist jedoch nicht der Fall, wie die Europäische Zentralbank (EZB) in ihrem Monatsbericht vom Mai 2012 beschreibt: *„The Eurosystem, however, as the monopoly supplier of central bank reserves in the Euro area, always provides the banking system with the liquidity required to meet the aggregate reserve requirement. In fact, the ECB’s reserve requirements are backward-looking, i.e. they depend on the stock of deposits (and other liabilities of credit institutions) subject to reserve requirements as it stood in the previous period, and thus after banks have extended the credit demanded by their customers.“* Kurz: Zuerst weiten die Banken ihre Kreditvergabe aus; *danach* stellt die EZB die benötigten Reserven *grundsätzlich immer* bereit. Die Gleichung gibt demnach nicht an, wieviel Giralgeld die Banken schöpfen können, sondern wieviel Reserven die Zentralbank *nachträglich* zur Verfügung stellen muss!

Inzwischen betreiben selbst einzelne Banken Aufklärung. So schreibt die Freie Gemeinschaftsbank Basel in ihrer Hauszeitschrift *transparenz* (Ausgabe Nr. 72, August 2016): *„Unser heutiges Geldsystem ist kompliziert und undurchsichtig. Wie die meisten Menschen, wissen selbst Banker vielfach nicht, woher das Geld kommt und wie Geschäftsbanken an der Geldschöpfung beteiligt sind. Es ist die Vollgeldinitiative, der das große Verdienst zukommt, die Funktionsweise des Geld- und Bankensystems und die in diesem System verankerte Macht der Banken ins Bewusstsein gehoben zu haben. Wie auch immer man zu dem Reformansatz des Vollgeldes steht, ist das Grundanliegen dieser Initiative mit der Intention der Freien Gemeinschaftsbank sehr verwandt: die Geldwirtschaft wieder in den Dienst der Realwirtschaft, das Geldsystem in den Dienst des Menschen zu stellen. In unserem Bemühen um einen anderen Umgang mit Geld ist es nur folgerichtig, das Geldsystem, in dem wir uns bewegen und das wir durch unser Tun mit hervorbringen, zu verstehen, zu hinterfragen, zu reformieren. In diesem Sinn wollen wir in diesem Beitrag die Geldschöpfung bei der Freien Gemeinschaftsbank näher beleuchten.“* Auf diese Einleitung folgt eine vorbildliche Darstellung.

Damit beenden wir den Ausflug in die Literatur und kehren zu unserem Problem zurück.

Vollgeld – das bargeldlose Bargeld

Der Kern des Problems liegt darin, dass das Giralgeld *kein* gesetzliches Zahlungsmittel ist und von den Banken im Verein mit den Kreditnehmern nach Stimmungslage geschaffen wird, und zwar pro-zyklisch, d.h. *zu viel*, wenn es ohnehin schon zu viel gibt, und *zu wenig*, wenn es ohnehin schon zu wenig gibt.

Es gibt jedoch eine ganz einfache Möglichkeit, dem Einhalt zu gebieten und das Geldsystem sowohl praktisch als auch juristisch vom Kopf wieder auf die Füße zu stellen: Die Umwandlung des Giralgelds in gesetzliches Zahlungsmittel, d.h. in ein Buchgeld, das dem Bargeld entspricht und nicht nur einen *Anspruch* auf Bargeld darstellt. Ein bargeldloses Bargeld sozusagen. Ein derartiges Geld haben wir schon kennengelernt: die Reserven, mit denen die Banken ihren internen Zahlungsverkehr abwickeln. Man muss sich in diesem Zusammenhang ohnehin fragen, warum die Banken für ihren internen bargeldlosen Zahlungsverkehr *echtes* Geld – die Reserven – verwenden, während die Nicht-Banken ihren bargeldlosen Zahlungsverkehr mit einem von den Banken nicht einhaltbaren *Anspruch auf Geld* – dem Giralgeld – abwickeln sollen. Was den Banken recht ist, sollte den Nicht-Banken nur billig sein.

Vollgeld versus Falschgeld

Das Giralgeld ist Falschgeld. Diese Aussage mag unangemessen erscheinen, aber sie trifft leider zu: Bei einem Bankrun ist das Falschgeld weg. Die Banken reden uns ein, dass ein Euro in der Tasche dasselbe ist wie ein Euro auf dem Giro-Konto. Das stimmt nicht, und wir haben es eigentlich auch immer gewusst: Warum rennen wir bei Krisen zu den Geldautomaten und versuchen, das Geld von unseren Giro-Konten abzuheben? Weil wir genau wissen, dass ein Euro in der Tasche nicht kaputt gehen kann, ein Euro auf dem Giro-Konto aber schon. Juristisch betrachtet sind wir demnach Mitwisser bzw. Mitläufer. Wir haben gedacht: Wird schon gut gehen ... Geht aber nicht gut. Ein Bankrun blieb uns zwar bisher erspart, aber die Nebenwirkungen des Systems, die wir in unserer Zwischenbilanz zusammengetragen haben, schaden uns dennoch auf vielfältige Weise.

Was kann man tun, wenn sich die Nicht-Banken an das Falschgeld gewöhnt haben und ihren gesamten Zahlungsverkehr damit abwickeln? Da bleibt nur eine Möglichkeit: Man muss das Falschgeld legalisieren, d.h. dem Bargeld, für das es eigentlich 1:1 stehen sollte, gleichstellen. Es gibt dann nur noch *vollwertiges* Geld, kurz *Vollgeld* genannt. Seine beiden Ausführungen – das Bargeld als materielles Geld und die Reserven als Buchgeld – sind praktisch und juristisch gleichwertig. Das Buchgeld ist dann genauso unerschütterlich *da* wie das Bargeld und kann nicht mehr durch Bankpleiten oder einen Bankrun zerstört werden. Die Giro-Konten verwandeln sich in echte Geld-Konten und entsprechen damit den Konten, die die Banken bei der Zentralbank führen. Auch wir haben dann echtes Geld auf dem Konto!

Ist das eine Währungsreform? Nein. Verliert dabei jemand sein Geld? Nein. Wir legalisieren lediglich eine illegale Gewohnheit. Für die Nicht-Banken ergeben sich keine unmittelbaren Folgen. Wir haben das Geld auf unseren Giro-Konten immer wie echtes Geld behandelt, und das wird jetzt einfach wahr. Mehr steckt nicht hinter der Sache.

Die Monetative

Das Vollgeld wird – genauso wie bisher das Bargeld – von der Zentralbank ausgegeben. Das erfordert eine Änderung in der Stellung der Zentralbank. Sie kann jetzt nicht mehr Bestandteil des privaten Bankensystems sein, sondern muss als unabhängiges Verfassungsorgan verankert werden. Das ergibt sich schon aus der Bezeichnung des Geldes als gesetzliches Zah-

lungsmittel. Für Gesetze und das Drumherum sind in einer Demokratie staatliche Organe zuständig. Dagegen wird häufig ein Einwand geltend gemacht, den wir genau unter die Lupe nehmen müssen. Es wird argumentiert, dass die Zentralbank unabhängig sein müsse, und das sei sie ja heute schon. Es könne also durch eine Änderung nur schlechter werden. Der erste Teil des Einwands ist richtig, die Folgerung aber nicht. Es stimmt, dass die Zentralbank bereits heute unabhängig ist. Sie ist sogar *völlig* unabhängig, d.h. sie kann machen, was sie will, muss keine Rechenschaft ablegen und unterliegt keiner Kontrolle. Niemand kann – schlimmer: niemand *darf* ihr auf die Finger schauen. Ihre Entscheidungen werden uns *offenbart* wie die zehn Gebote. Einspruch ausgeschlossen. Das geht entschieden zu weit.

Ein Vergleich hilft hier weiter: Unsere Gerichte sind ebenfalls unabhängig. Trotzdem dürfen wir an Gerichtsverhandlungen teilnehmen und uns davon überzeugen, dass es da mit rechten Dingen zugeht. Gerichtsverhandlungen werden genau dann unangenehm, wenn die Öffentlichkeit *ausgeschlossen* wird. Das deutet meistens darauf hin, dass da krumme Sachen laufen. Genauso ist es bei einer Zentralbank. *Unabhängigkeit* bedeutet in einer Demokratie *nur*, dass man seine Entscheidungen selbst fällen kann und nicht die Anweisungen Anderer befolgen muss; es bedeutet *nicht*, dass man tun und lassen kann, was man will, seine Entscheidungen nicht rechtfertigen muss und nicht zur Verantwortung gezogen werden kann. Letzteres sind nämlich die untrüglichen Kennzeichen für etwas ganz Anderes: eine Diktatur.

In einer Demokratie sollte die Zentralbank, die das gesetzliche Zahlungsmittel herausgibt, ein staatliches Organ sein, das neben der Exekutive (Regierung), der Legislative (Parlament) und der Judikative (Gerichte) steht: die Monetative (Geldverwaltung). Sie ist unabhängig in ihren geldpolitischen Entscheidungen, unterliegt aber den geltenden Gesetzen und wird für eventuelles Fehlverhalten zur Verantwortung gezogen.

Die Gegner

Bei jeder Veränderung gibt es Gewinner und Verlierer. Bei einer Vollgeldreform sind die Fronten klar. Die Nicht-Banken sind die Gewinner – mit Ausnahme der Spekulanten, z.B. den bewusst überinvestierenden Investoren –, die Banken sind die Verlierer. Am Wenigsten verliert die Zentralbank. Sie muss sich auf die Finger schauen lassen und öffentlich Verantwortung übernehmen. Das muten wir ihr ohne Wimpernzucken zu. Sie wird dadurch vom Diktator zur demokratischen Institution. Die Banken können nur noch Geld verleihen, das sie haben, und können auch nur noch dafür Zinsen verlangen. Sie werden zu reinen Darlehensgebern. Die Hauptgegner einer Vollgeldreform sind demnach die Banken und die Spekulanten. Ihnen wird der Treibstoff für die Boom-Bust-Zyklen entzogen.

Geld ≠ Schuld

Die Gleichung Geld = Schuld gilt nicht mehr. Geld, das man verdient hat, kostet nichts mehr; nur noch geliehenes Geld kostet etwas. Ein Segen.

Die Geldmenge

Die Geldmenge wird von der Monetative nach Grundsätzen geregelt, die in einem demokratischen Verfahren festgelegt und ggf. geändert werden. Grundlegende Bestimmungen werden in der Verfassung verankert. Die langfristigen Rahmenbedingungen werden durch Gesetze geregelt und ggf. durch Volksabstimmungen legitimiert. Innerhalb dieser Rahmenbedingungen gibt die Finanz- und Wirtschaftspolitik kurz- und mittelfristige Ziele vor. Die einzelnen Entscheidungen der Monetative werden öffentlich verkündet und begründet, u.a. auf ihrer Internet-Seite. Die aktuelle Geldmenge kann auf der Internet-Seite der Monetative jederzeit von jedermann eingesehen werden. Hier läuft nichts mehr hinter den Kulissen!

Die Monetative kann die Geldmenge erhöhen, indem sie zusätzliches Vollgeld ausgibt, oder verringern, indem sie das durch Steuern und Abgaben an die öffentlichen Haushalte zurückfließende Vollgeld teilweise einzieht. Es gibt zwar zahlreiche andere Möglichkeiten, aber die Verwendung der Differenz zwischen öffentlichen Ausgaben und öffentlichen Einnahmen als Regulativ für die Geldmenge hat einen besonderen Charme. Dahinter steckt folgende Überlegung: Eine wachsende Wirtschaft braucht mehr Geld *und* mehr Infrastruktur. Deshalb macht es Sinn, das zusätzliche Geld durch öffentliche Investitionen in die Infrastruktur in Umlauf zu bringen. Den Begriff der Infrastruktur kann man dabei sehr weit fassen. Er umfasst dann nicht nur Straßen, öffentliche Gebäude, Kommunikationseinrichtungen, Anlagen zur Energiegewinnung und dergleichen mehr, sondern auch Bereiche wie die Aus- und Weiterbildung oder die Verbesserung der allgemeinen Lebensbedingungen.

Wichtig ist in diesem Zusammenhang, dass die Monetative *nicht* über die konkrete Verwendung des zusätzlichen Geldes zu befinden hat. Sie bestimmt lediglich die Höhe und nimmt eine regionale Verteilung vor, die in Deutschland sinnvollerweise im Rahmen des Länderfinanzausgleichs geregelt werden sollte. *In* den Ländern entscheiden dann *die üblichen Verdächtigen* – Landesregierung, Landkreise, Städte und Gemeinden – über die konkrete Verwendung. Die klare Trennung zwischen *wieviel* und *wofür* und die Dezentralisierung der Entscheidungen über das *wofür* sind zentrale Elemente einer Vollgeldreform. Im Giralgeldsystem entscheiden die Banken über die Geldschöpfung *und* die Kreditvergabe im Einzelnen. Eine derartige Machtkonzentration ist in einem Vollgeldsystem unbedingt zu vermeiden. Wir wollen den Teufel schließlich nicht gegen den Beelzebub eintauschen!

Ziellinie

Damit erreicht diese Einführung ihre Ziellinie. Wir haben Ihnen auf der Wegstrecke viel zugemutet und hoffen, die wichtigsten Rätsel des heutigen Geldsystems gelöst und ein neues Geldsystem skizziert zu haben, das auch Sie überzeugt. Bei riesigen Fragen lesen Sie das Buch *Monetäre Modernisierung* von Joseph Huber oder fragen Sie ihren Vollgeld-Berater:

www.monetative.de

www.vollgeld.de

www.vollgeld.ch

www.positivemoney.org

Links zu Beiträgen der Banken:

www.bankofengland.co.uk/publications/Documents/quarterlybulletin/2014/qb14q102.pdf

www.bundesbank.de/Redaktion/DE/FAQ_Listen/fag_zum_thema_geldschoepfung.html

www.gemeinschaftsbank.ch/media/FOYM636Q/transparenz_72.pdf

Literaturnachweise:

- Ludwig von Mises: *Theorie des Geldes und der Umlaufsmittel*. Nachdruck der zweiten Auflage von 1924. Duncker & Humblot, 2005.
- Rudolf Stucken: *Geld und Kredit*. Zweite Auflage. J.C.B. Mohr (Paul Siebeck), 1957.
- Claus Köhler: *Der Geldkreislauf*. Duncker & Humblot, 1962.
- Claus Köhler: *Geldwirtschaft. Band I: Geldversorgung und Kreditpolitik*. Zweite Auflage. Duncker & Humblot, 1977.
- Erich Schneider: *Einführung in die Wirtschaftstheorie. Band III: Geld, Kredit, Volkseinkommen und Beschäftigung*. Achte Auflage. J.C.B. Mohr (Paul Siebeck), 1964.
- Rolf Gocht: *Kritische Betrachtungen zur nationalen und internationalen Geldordnung*. Nachdruck der ersten Auflage von 1975. Duncker & Humblot, 2011.
- Europäische Zentralbank: *Monatsbericht Mai 2012*.